

Das Verleihen in die Erinnerung kann und darf aber nicht die Bedeutung haben, daß wir uns als mäßige Vordränger einer vergangenen Zeit betrachten und die Hände in den Schößen legen. Nicht eitle Träumerei ziemt uns, nicht weltliche Zentimentalität, die schlief im Nichtvergessenwerden verliert, sondern ausdauernde Mühen den Rückblick in das Vergangene zu einem hoffnungsfreudigen Ausblick in die Zukunft. Wenn unsere Tage ist niederkündend, und der Kölner Rechtsraub wirkt schwere Schatten auf den moralischen Sonntag, aber das Reich ist und doch geblieben! Unsere Väter mußten auch unter Napoleon I. in Erniedrigung leben, und ihnen war sogar das Reich geraubt, aber sie sahen trotzdem nicht von der festen Zuversicht auf ein neues Emporkommen unseres Vaterlandes. Goethe sagte nach der Schlacht bei Jena: „Wissenschaft und Kunst, die international sind, erleben das kollektive Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und geliebten Volke anzugehören. Mich tröstet nur der Glaube an Deutschlands Zukunft. Ich halte ihn fest, diesen Glauben.“ So müssen auch wir heute hoffen und der besseren Zukunft gewarnt sein.

Wollen und harren allein tut's freilich auch nicht; denn das macht manchen zum Narren, wenn nicht der Wille dazu kommt, das was man erhofft, durch ein zielstrebiges, hartnäckiges Handeln vorzubereiten und zu fördern. Es gilt für uns, alle aufbauenden Kräfte zusammenzuführen zu einem Zweck einer gründlichen Erneuerung unseres nationalen Daseins, auch nach der moralischen Seite hin. Wohl ist wichtig, daß wir alle männlichen Instinkte in uns selbst und unserer heranwachsenden Generation zur vollen Entwicklung bringen. Damit wir gerüstet sind für den Tag, der uns die Wehrpflicht wiederbringt. Daß dieser Augenblick einmal kommen muß, daß wir nicht in alle Ewigkeit als Entwaffnete dastehen werden, ist klar. Auch der Verfall der Verträge wird einmal von der Weltgeschichte verurteilt, wie jeder andere Friedensvertrag vor ihm. Angewandte aber dürfen wir uns nicht durch internationale, pazifistische Schwärmerei verleiten lassen, sondern müssen ein an Geist und Körper gesundes Geschlecht heranbilden, das fern und kraftvoll denkt und handelt, dem der Ausblick zum 18. Januar als dem Symbol nationaler Macht und Größe die Herzen höher schlagen und die Augen heller leuchten läßt, in dem Bewußtsein, daß das Reich doch geblieben ist, und daß seine treuen Bürger es schützen und führen und zu neuem Glanze führen werden mit all ihrem Können und Vermögen.

Viel ist freilich noch zu tun, ehe im Innern das schwachmütige Gebahren der Reiche, die kein tiefes Heimatgefühl besitzen und infolgedessen auch keine hinreichende Vaterlandsliebe kennen, als endgültig überwunden gelten darf. Gerade jetzt nicht wieder ein von der Sozialdemokratie im Reichstagen eingebrachter Antrag, der eine Verwässerung des Vertrags des Bundesvertrags beabsichtigt, Gelegenheit, die dem lebendigen nationalen Empfinden entsprechende Bestimmung der Reiche kennen zu lernen, die bei uns immer noch dem Auslande schielen und dessen Wünschen dienlich zu sein bestrebt sind. Nach diesem Antrag soll Landesverrat nicht bestehen, aber über geschwundene Angelegenheiten wahrheitsgemäß Mitteilung macht. Man muß die Vorgeschichte der sozialdemokratischen Forderung kennen, um zu begreifen, wie sehr sie dem nationalen Interesse ins Gesicht schlägt. Widerholt sind mit Tag und Nacht Sozialisten und Sozialistinnen wegen Landesverrats bestraft worden, weil sie auf angebliche geheime Waffenlager öffentlich hinwiesen und dadurch die Gefahr schwerer Strafmaßnahmen seitens des Bundes über uns heraufbeschworen. Eine solche Unbequemlichkeit sei dem Verbrechen, dem Verande gefällig zu sein, möchten nun derartige Herrschaften gern in Zukunft von sich fernhalten, und aus dieser Seelenstimmung ist der sozialdemokratische Antrag hervorgegangen, der unsere Anbelangung durch das Verbot der Verwässerung zum Range eines „geheimen Angelegenheit“ erhebt und den Schutz dieses Angelegenheit höher stellt als die Rücksicht auf die Wohlfahrt unseres geliebtesten Vaterlandes. Den gewissenlosen Denunzianten jener Elemente haben wir auch die unerhörte Verschärfung der Militärstrafe und die damit verknüpfte Nichtachtung der Kölner Zone wesentlich mit zu verdanken. Wenn die deutsche Justiz derartige Verbrechen einmal dinglich macht und sie exemplarisch nach Verdienst bestraft, dann müßte der Antisozialismus und die Verwässerung über „Masseffizienz“ und „Tendenzurteile“. Nun sollen diese Denunzianten gar noch Straffreiheit genießen! Und dies in einer Zeit, in der sich ein neuer „eindringlicher Ring um Deutschland“ zu bilden droht! Die Anfänge davon sind schon erkennbar, und wenn erst einmal das Kabinett Herriot von einer Regierung Briand-Poincaré abgelöst ist, werden wir damit rechnen müssen, daß der Kurs, den Herriot und Ehrhardt einschlagen haben, noch erheblich scharfer geht und alle Gegenstände zwischen England und Frankreich auf deutsche Kosten veräußert werden.

In keinem anderen Lande der Welt dürfte sich angesichts einer so gefährlichen auswärtigen Lage die Vaterlandsliebe Bestimmung so nach und brutal ans Licht wagen. An jedem 18. Januar müssen alle ehrlichen Deutschen das Gelübnis erneuern, eine so abwegige Feind- und Anfeindungsweise unerbittlich zu bekämpfen, um an ihrer Stelle in allen Herzen die Vaterlandsliebe zu entzünden, die uns ehemals zur Höhe geführt hat. Die Tatsache, daß so böswärtige nationale Regenerationsbestrebungen überhaupt bei uns möglich sind, beweist, wie sehr die Zeit aus den Fugen gegangen ist. Sie wieder einzufangen, wird uns nur gelingen, wenn wir den alten, ehrenreichen Geist einer glorreichen Vergangenheit zu Hilfe rufen, die am 18. Januar in leuchtender Pracht und Größe vor unserm geistigen Auge vorüberzieht und uns eindringlich mahnt, das zu tun, was zu unserem Niederkunftigen unentbehrlich ist: den Antisozialismus und den Internationalismus zu überwinden, den persönlichen Vorteil gegenüber dem Nutzen der Gesamtheit und dem Wohl des Vaterlandes zurückzustellen, die unbedingte Redlichkeit und Unerschlichkeit der Diener des Vaterlandes genau wie früher zu haben und die selbstlose Aufopferung für das Ganze zur allgemeinen Bürgerpflicht zu machen. Als Beweiser zu solchen erhabenen Zielen, als Leuchte in der Finsternis der Gegenwart und als Vorbildung für die Zukunft ist uns der 18. Januar ein besonders teurer Erinnerungstag. Wenn ein demokratischer Antrag den 11. August, an dem 1919 die Weimarer Verfassung in Kraft trat, zum Nationalfeiertag erheben wollen will, so zeigt das von einer gründlichen Verankerung der wahren Meinungen der deutschen Volkseele, deren freigelegter, im tiefsten Empfinden ruhender Nationalfeiertag der 18. Januar ist und bleibt. Deshalb sollte man ihm auch gelegentlich diesen Charakter belegen.

Bier Todesurteile der Kriegsgerichte!

Der unabweisliche Vernichtungsausschuss unserer Reiche. (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 17. Jan. Wie aus Paris mitgeteilt wird, hat das Kriegsgericht gestern nachmittags den deutschen Oberst Tesmann und den Major Dermann in Abschlacht zum Tode verurteilt. Die beiden Offiziere werden beschuldigt, daß sie am Tage der Schlacht von Rossau 121 Zivilpersonen hätten erschließen lassen.

Das Art gerichtet in Kamerun hat den deutschen Major Geize und den Hauptmann Gallant ebenfalls in Abschlacht zum Tode verurteilt wegen Mordes und sonstiger Kapitalverbrechen. Der deutsche Oberst v. Dampstedt wurde wegen Brandstiftung am 20. Februar 1914 in Cassiane vier Säuler in Brand gesetzt haben.

Ehne für die Ermordung Singspeters.

Mexiko, 17. Jan. In Verbindung mit dem Morde an dem Deutschen Singspeter wurden sieben Mexikaner von verfolgender Kavallerie gefangen genommen und erschossen. (S. T. B.)

Sturm der Linken gegen das neue Kabinett.

Sozialisten und Kommunisten Arm in Arm.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Berlin, 17. Jan. Die Gegner des Kabinetts Luther haben bereits zur Offensive über. So hat die Sozialdemokratie den ersten Vorkost unternommen, in dem sie an den Vorsitzenden des Aufwertungsausschusses, den deutschnationalen Abg. Dr. Steiniger, die Aufforderung gerichtet hat, umgehend diesen Ausschuss zur Beratung des von deutschnationaler Seite dort vorliegenden Antrages über die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung einzuberufen. Die Sozialdemokratie ist, nachdem sie etwas von der Aufwertung im Zusammenhang mit der Verschlebung der Rentenüberklärung hat lauten hören, offenbar der Meinung, hier wäre noch eine letzte Möglichkeit, das neue Kabinett niederzulassen, ehe es überhaupt auf die Beine kommt. Man darf wohl annehmen, daß in den Kreisen, die sich gewiß nicht leichten Derrens entschlossen haben, dieser Regierung in den Sattel zu helfen und Unterstützung zu leisten, die Durchsichtigkeit eines solchen Manövers die ihr entsprechende Einschätzung erfährt.

Natürlich wollen bei diesem Angriff auch die Kommunisten nicht fehlen. Sie verwenden heute die ganze erste Seite ihres Zentralorgans, der „Roten Rache“, zu einem Aufruf, der die riesige Ueberschrift „Vort mit Luther“ trägt und fordert zur

Wassendemonstration gegen die Regierung der Luther und Schlotbarone

auf. Der sozialdemokratische Reichspräsident Ober, heißt es dann weiter, habe in Dames-Deutschland den schwarz-weiß-roten Luther zum Reichskanzler ernannt. Dieser habe ein monarchistisches Reichskabinett gebildet. Die Sozialdemokratie habe also die monarchistische Reaktion in den Sattel gehoben. Die großen Massen und „Fort-mit-Luther“-Demonstrationen sollen bereits am morgigen Sonntag stattfinden. Weiter bringt die „Rote Rache“ eine „offizielle“ Mitteilung der kommunistischen Reichsorganisation, in der es heißt: „Die kommunistische Reichsorganisation betrachtet die Regierung Luther als eine offene Regierung der Monarchie und des unverhüllten Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Das Programm der Regierung Luther ist insbesondere das der Anhebung der kommunistischen Bewegung. Die Luther-Regierung, acht es dann in dieser „offiziellen“ Mitteilung weiter, rechnet fest darauf, daß sie bei ihren Plänen von der SPD unterstützt wird. Sie bürgerlichen Parteien betrachten die jetzige Scheinopposition der SPD mit großer Mißgunst, da sie sich überaus freuen, daß die sozialen Bewegungen im entscheidenden Moment die Bourgeoisie auf die Hilfe der sozialdemokratischen Führer rechnen kann.“

Die Stellung von Demokraten und Nationalsozialisten.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Berlin, 17. Jan. Die demokratische Reichsorganisation befaßt sich achtern nur informativ mit dem neuen Kabinett Luther. Ein Miktrauensvotum gegen das neue Kabinett wurde nicht erörtert. Die Mehrheit der Abgeordneten sprach sich zunächst für eine abwartende Haltung gegenüber dem neuen Kabinett aus. Die nationalsozialistische Fraktion hat achtern be-

schlossen, das Kabinett Luther nach Möglichkeit in den nationalen Fragen zu unterstützen, hinsichtlich der Währungsreformel aber sich an der Zustimmung nicht zu beteiligen.

„Daily Telegraph“ zum Kabinett Luther.

Ein Notbehelf. (Durch Funktelegramm.) London, 17. Jan. „Daily Telegraph“ widmet heute dem Kabinett Luther einen Leitartikel, in dem es heißt, alle Politiker des neuen Kabinetts hätten vorläufig auf Feindseligkeiten gegen die Republik verzichtet. Das Zentrum habe gezeigt, daß es keine Kundgebungen reaktionären Geistes zulassen werde. Trotz allem, der Welt sei da und werde sich möglicherweise in der deutschen Außenpolitik lässig machen, obgleich die getreue Durchführung derselben zu einer Neubildung gemacht worden sei, und die ordnungsmäßige Durchführung des Dawes-Plans von einer großen Mehrheit des Reichstages begünstigt werde. Es sei wie es wolle, niemand könne ein derartiges Kabinett für etwas anderes als einen Notbehelf ansehen, der kurz und ruhelos sein werde. Auscheinend werde es lange dauern, bis ein geregelter Zustand in der Regierung Deutschlands erzielt werden könne.

„Daily Mail“ bringt ein Telegramm ihres Berliner Berichterstatters, in dem es heißt, den Allierten werde jetzt von Deutschland selbst gezeigt, daß sie an der Krise herumgeführt worden seien. (S. T. B.)

Das Ende der größten deutschen Wahlküge.

Paris, 17. Jan. Den französischen Abendzeitungen zufolge ist das Kabinett Herriot entschlossen, gegenüber dem neuen deutschen Kabinett keine veränderte Haltung einzunehmen. Der „Temps“ gibt eine Neuerung Kollets wieder, wonach das militärische Frankreich einem deutschen Reichskabinett gegenüber eine neutrale Haltung einnimmt. Die Gefahr liege nicht bei einer veränderten deutschen Regierung, sondern ausschließlich in einem Nachlassen der alliierten Kontrolle über Deutschland. (Die Verlängerung der Militärkontrollen und die Nichträumung Kölns waren bereits entschieden, als noch keine deutschnationalen Männer in dem Kabinett saßen. T. Heb.)

Amerika und die deutsche Regierungsbildung.

New York, 18. Januar. Die gesamte amerikanische Presse verfolgt die Versuche zur Bildung einer neuen Reichsregierung mit größter Spannung. Die Zeitungen brachten die Berliner Meldungen über den Stand der Verhandlungen in großer Aufmerksamkeit und beschäftigten sich in langen Artikeln mit den verschiedensten Fragen der innerdeutschen Politik — Die „New York Times“ erklärt, daß weder die deutschnationalen noch die Deutsche Volkspartei versuchen werden, die Monarchie zu errichten. Das deutsche Volk wünsche den Frieden und sei bereit, seine Wirtschaft wieder herzustellen. Es sei bemüht, den Dawesplan zu erfüllen und alle Möglichkeiten auszunutzen, die dieser ihm für seinen Wiederaufbau bietet. Auch eine Reichsregierung werde am Dawesplan festhalten. Das deutsche Volk befolge der unerklärlichen Glaube, daß nur auf dieser Grundlage die deutsche Politik geführt werden könnte.

Dos vom Faschismus!

Salandra gegen Mussolini.

Rom, 17. Jan. Der an Ehrenmüdigkeit erkrankte Salandra veröffentlicht in den Blättern die Erklärung, welche er in der Kammer abgeben wollte. Es heißt darin, die Vorkommnisse der inneren Politik der letzten Zeit hätten ihn gezwungen, Stellung zu nehmen. Salandra erwähnt dann die Vorgänge in Toscana, für die die Staatsbehörden indirekt mit verantwortlich zu machen seien. Weiter führt er das „unglückliche“ Presseverbot an, sowie dessen Ergänzung durch den äußerst behrten 33 des Provinzial- und Gemeindegengesetz. So läge es jetzt in der Hand der Präfecten, jede Kundgebung zu unterdrücken, nicht nur, wenn sie verbrecherisch und für die öffentliche Ordnung gefährlich sei, sondern auch dann, wenn sie nur für die Präfecten und für die Regierung unangenehm wären. Hiermit sei aber die verfassungsmäßig garantierte Pressefreiheit anzuheben worden. An dritter Stelle erwähnt Salandra die Rede Mussolinis vom 3. Januar, welche sein liberaler Mann annehmen könne, weil Mussolini darin die Gewalt als notwendiges Mittel hinsetze, um innere Meinungsverschiedenheiten zu beheben, und weil er auch die parlamentarische Monarchie beiseite schiebe, um sie durch die absolute Regierung des Ministerpräsidenten zu ersetzen. Endlich gibt Salandra an, daß er und seine Freunde sich schwer im Faschismus geirrt hätten. Da sie unter keinen Umständen eine Regierungsform annehmen wollten, welcher Männer wie Cavour und Crispi ergeben gewesen seien, müßten sie sich vom Faschismus trennen. (S. T. B.)

Schließung der Universität in Neapel.

Rom, 18. Jan. Nach Schlägereien zwischen faschistischen und antifaschistischen Studenten wurde die Universität in Neapel auf unbestimmte Zeit geschlossen. Karabinieri besetzen nach dem „Giornale d'Italia“ die Eingänge, und eine Kompanie Infanterie wurde in der Nähe aufgestellt.

„Mondo“ und „Avanti“ erklären, daß die Aventin-Opportunisten nicht daran denke, in den nächsten Tagen in die Kammer zurückzukehren. Die Tagesordnung, die von Orlando im Namen der Opposition eingebracht werden wird, ist von 37 Abgeordneten unterzeichnet worden.

Der Kampf um die elsaß-lothringischen Kontingente.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 17. Jan. In den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gestalten sich die Verhandlungen über die Frage der Kontingente für Elsaß-Lothringen besonders schwierig. Die Deutschen wollen sich bekanntlich dadurch sichern, daß andere Staaten, die von Deutschland die Reichsbevollmächtigung beanspruchen, sich auf eine Kontingentbetätigung für Elsaß-Lothringen berufen. Es ist bisher nicht möglich gewesen, eine Formel zu finden, die einen Ausweg bieten könnte. Nach deutscher Auffassung ist es Sache der Franzosen, die in die Kontingente haben wollen, die Aufzählung der besonders interessierten Alliierten und neutralen Staaten zu verlangen, daß sie das deutsche Kontingent nicht als Präzedenzfall für eigene Forderungen ähnlicher Art betrachten. Die Franzosen ihrerseits versuchen, die deutsche Delegation dazu zu veranlassen, in Betracht, die Deutschland mit dritten Nationen abschließen wird, von diesem Punkte abzusehen. Es ist bei dieser Gelegenheit auch ein Schiedsgericht für den Fall, daß dritte Nationen sich etwa auf derartige Kontingente berufen sollen, ins Auge gefaßt worden. Dies scheint jedoch für Deutschland kaum annehmbar zu sein.

Wie nun die Verhandlungen weitergehen werden, ist vorläufig nicht zu sagen. Jedoch herrscht die Meinung vor, daß man mit aller Entschiedenheit einen Weg suche. Staatssekretär von Trendelenburg hat vorläufig angesichts der außerordentlichen Komplexität der Fragen eine endgültige Neuerung gegenüber der französischen Delegation

nicht abzugeben und wird sich vor Erteilung einer solchen mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung setzen. Französischerseits wurde eine „freundliche Unterbrechung“ der Verhandlungen in Betracht gezogen, bis das neue französische Kabinett im Parlament verabschiedet worden ist.

Abbruch der Verhandlungen schwer vermeidbar.

Paris, 17. Jan. Die Berichte und Kommentare der Pariser Morgenpresse über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen klingen außerordentlich pessimistisch. Allgemein wird zum Abbruch gedrückt, daß sich ein Abbruch der Verhandlungen nur sehr schwer vermeiden lassen, da die Haltung der beiden Delegationen schwer vermeiden lassen, da die Haltung der beiden Delegationen von ihrer Haltung abweichen zu können glaube. Die Pariser Mäuler bemühen sich natürlich, zu beweisen, daß Frankreich in seinen Konzeptionen bis zur letzten Grenze des Möglichen gegangen sei, und schieben die deutsche Delegation für den drohenden Abbruch die Verantwortung in die Schuhe. Die französische Delegation hat gestern Abend noch ein Memorandum ausgearbeitet, das, wie in den Blättern hervorgehoben wird, die letzten französischen Zugeständnisse enthält. Dieses Memorandum wurde gestern noch dem Staatssekretär Trendelenburg überreicht, der um einige Tage Frist gebeten hat, um das Memorandum zur Kenntnis der neuen deutschen Regierung zu bringen.

Eine Einladung Churchills an Clémentel.

Paris, 17. Jan. Der „Matin“ meldet aus London: Aus aut unterrichteten diplomatischen Kreisen wird mitgeteilt, daß nach genügenden Vorbereitungen der französisch-englischen Schuldverhandlungen auf dem üblichen diplomatischen Wege der französische Finanzminister Clémentel von Churchill einladen werden würde, nach London zu kommen, um dort die endgültige Reaktion zum Abschluß zu bringen.

Serriots Kampf gegen die Millerand-Opportunisten.

„Die beiden Armeen“, über die Deutschland verfügt. (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 17. Jan. In der Kammerberatung kam es zu einer lebhaften Debatte anlässlich der Forderung des Ministerpräsidenten Herriot, die Interpellation des Abgeordneten Lafarge über die allgemeine Politik der Regierung zu vertagen. Lafarge erhob die schwersten Vorwürfe gegen Herriot, der sich einer Debatte über seine bisherige Politik zu entziehen versuche. Herriot erwiderte dem Abgeordneten Lafarge, daß lediglich in der Debatte über das Budget des Außenministeriums die auswärtige Politik eingehend besprochen werden könne. Die Regierung werde aber beweisen, daß die Kontrolle in Deutschland einzig und allein infolge der Ruhrbesetzung unmöglich geworden sei. (Verbaltter Beifall links.) Die demokratische Regierung in Frankreich habe im Einvernehmen mit England die Kontrolle in Deutschland wiederhergestellt. Wenn Deutschland über zwei Armeen, nämlich die Reichswehr und die Schupo, verfüge, so nur deshalb, weil ihm unter der Regierung Millerand die Schupo gestohlet worden sei. (Verbaltter Beifall links, heftige Proteste rechts.) Die Regierung müsse eine ausgiebige Debatte über ihre gesamte Politik verlangen, um endlich den maßlosen Verleumdungen zu begegnen. Auf innerpolitischen Gebieten werde die Regierung beweisen, daß die Rechtsopposition alles versucht habe, um die Budgetdebatten zu verhindern. (Verbaltter Beifall links, Proteste rechts.) Aber bis zu dem Zeitpunkt, wo das Budget Frankreichs endlich im Gleichgewicht sein werde, werde die Regierung jegliche Debatte über ihre Politik verweigern. (Beifall links.) Die Kammer beschloß darauf mit 300 gegen 225 Stimmen, die Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung zu vertagen.